

Merseburger Correspondent.

Erscheint:

Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag früh 7 Uhr.
Edition: große Ritterstraße Nr. 28.

Höchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Hermiträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 167.

Donnerstag den 14. November.

1878.

Die bevorstehende Landtagsession

Die bevorstehende Landtagsession hat einen vorwiegend „geschäftlichen“ Charakter. Bereits ist eine große Reihe von Gesetzesentwürfen angefündigt, welche dem Landtag vorgelegt werden sollen; sie sind jedoch fast nur technischer Natur, wie namentlich die verschiedenen Gesetze, welche in Folge der neuen Gerichtsorganisation und Prozessordnung nötig geworden sind. Ob Vorlagen von allgemeinerem politischen Interesse, die in Aussicht gestellt sind, wie z. B. das in der vorigen Session gescheiterte Kommunalsteuergesetz, wirklich auf's Neue eingebracht werden, steht augenblicklich noch nicht ganz fest. Angesichts der Krisis, in der wir uns mit unserer allgemeinen Steuerreform befinden, ist es auch sehr zweifelhaft, ob wir augenblicklich mit gutem Erfolg an die Neuordnung des Gemeindesteuerverfahrens gehen können. In keinem Fall wird man wiederholten officiösen Mitteilungen zufolge erwarten dürfen, daß in der bevorstehenden Landtagsession irgend ein weiterer Schritt zur Fortführung der Verwaltungsreform gescheit. Die bevorstehende Session ist die letzte der Legislaturperiode und die Regierung wird den Rückfall der neuen Wahlen abwarten wollen, ehe sie an die Fortführung des großen Reformwerks geht. Das Abgeordnetenhaus wird es sich aber nicht entgehen lassen, über die Stellung des Ministers Grafen Eulenburg zu dieser wichtigsten Frage seines Ressorts sich Klarheit zu verschaffen. Graf Eulenburg hat noch nicht Gelegenheit gehabt, sich über seine Stellung zur Verwaltungsreform öffentlich auszusprechen. Als letzte authentische Äußerung der Regierung steht daher noch immer die bekannte Erklärung da, welche Minister Friedenthal als provisorischer Leiter des Ministeriums des Innern im Anfang dieses Jahres abgab. Man wird erwarten dürfen, daß auch Graf Eulenburg im Allgemeinen auf dem damals vorgezeichneten Standpunkt stehen wird. Doch ist eine erschöpfende und vollständige Darlegung des neuen Ministers über die wichtigste Frage der inneren preussischen Politik eine unerlässliche Forderung. Daß das Unterrichts- und Hochschulgesetz sich unter den Vorlagen der nächsten Session nicht befinden wird, ist leider nahezu sicher. Man hat sich nachgerade daran gewöhnt, in dieser Angelegenheit allen Illusionen zu entsagen und den Unterrichtsengesetzentwurf des Ministers als Fall bloß als eine schätzbare akademische Arbeit zu betrachten. In Ermangelung anderweitiger großer Gesetzgebungsarbeiten wird der Schwerpunkt der bevorstehenden Landtagsession sonach in der Staatsberatung liegen, die diesmal von ganz besonderem Interesse sein wird. Nicht nur der Minister des Innern ist dem Abgeordnetenhaus gegenüber ein Neuling, sondern auch der Finanzminister, und auf das politische Programm des Herrn Hübner, das zum Theil mit den wichtigsten schwebenden Fragen unserer Wirtschaftspolitik zusammenfällt, muß man in hohem Grade gespannt sein. Wenn auch die brennenden Tagesfragen der Zoll- und Steuerpolitik zum größten Theil vor Reichstag gehören, so wird sich doch auch bei der preussischen Staatsberatung schon Anlaß genug bieten, den gegenwärtigen Stand dieser Fragen zu klären. Der Etat wird ferner diesmal eine Reorganisation der Ressortverhältnisse in sich schließen, das Handels-, Finanz- und landwirtschaftliche

Ministerium werden eine Umgestaltung erfahren und es werden damit die schwierigsten und wichtigsten Fragen der Regierungsorganisation auch im Reich berührt. Eine andere Frage, mit der sich der Landtag, sei es in Form von besonderen Vorlagen, sei es in Anknüpfung an den Etat oder in sonst einer Form zu beschäftigen haben wird, ist die Eisenbahnfrage. Die Gerüchte über die bevorstehende neue Erwerbungen von großen Bahnen ausgetreten, daß der Landtag sich Aufklärung über die gegenwärtige Eisenbahnpolitik der Regierung und ihre Ziele notwendig verschaffen müssen, und ihre Ziele notwendig wird verschaffen müssen. Wir haben damit nur ein paar der wichtigsten Fragen berührt, die beim Etat zur Verhandlung kommen müssen; allem Anscheine nach wird dabei auch der Kulturkampf wieder einen breiten Raum einnehmen. Weihnachten wird jedenfalls herankommen, bis die Etatsberatung zu Ende geführt ist. Ob es gelingt, bis Anfang Februar die Session zu schließen und damit ein gleichzeitiges Tagen von Reichstag und Landtag zu vermeiden, muß dahingestellt bleiben. Angesichts des ungemein wichtigen und umfangreichen Arbeitsstoffs, welcher der Frühjahrsession des Reichstags obliegt, wäre ein möglichst frühzeitiger Schluß des Landtags außerst wünschenswert.

Politische Uebersicht.

Hätte Oesterreich im Augenblicke nicht andere Sorgen, man könnte auf den Gedanken verfallen, daß es, gleich Frankreich, ein „Büchsen-Kulturkampf“ spielen will, nachdem Deutschland den kirchlichen Frieden herzustellen im Begriffe ist. Der österreichische Kultusminister richtete nämlich an die Konfessionen einen Erlass, worin ein Gutachten darüber verlangt wird, ob die Kapuziner, Minoriten und Franziskaner-Orden sich nützlich erweisen und der ihnen aus dem Religionsfonds zuzufommenden Unterstützung würdig seien. Man glaubt, es werde beabsichtigt, diese Orden aufzulösen, oder vorläufig wenigstens die bisherige Unterstützung ihnen zu entziehen, doch wird nur das Letzte als wahrscheinlich bezeichnet. — Der Kaiser empfing Sonntag Mittag die österreichische Delegation. In seiner Erwiderung auf die Ansprache der Kaiser für die Versicherung der loyalen Ergebenheit und sprach sodann seine Befriedigung darüber aus, daß es dem Congresse gelungen sei, die eminente Gefahr eines europäischen Krieges zu beschwören. Der Berliner Friede habe einen neuen Zustand in den Balkanländern geschaffen; seine consequente allseitige Durchführung, für welche die Regierung des Kaisers mit aller Vertragstreue eintreten werde, sei geeignet, die Wiederkehr von Gefahren, die den Frieden Europas und die Interessen Oesterreichs bedrohten, wirksam zu verhindern. Zur Erreichung dieses Zieles haben die in Berlin versammelten Mächte beschloffen, daß die Occupation und Administration Bosniens und der Herzegowina Oesterreich-Ungarn übertragen werde. Er (der Kaiser) habe diese Aufgabe übernommen und bedauere, daß bei der tiefen Zerrüttung der innern Verhältnisse jener Länder es nicht möglich war, die Occupation friedlich durchzuführen. Es werde nun das erste Befreien der Regierung sein, die Opfer, welche die Durchführung der Auf-

gabe erheische, mit der finanziellen Lage der Monarchie in Einklang zu bringen, um den Eintritt des Momentes thunlichst zu beschleunigen, in welchem die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina aus den Mitten dieser Länder selbst bestreiten werden können. Die Hoffnung, daß dies gelingen werde, erscheine um so begründeter, als die Beziehungen Oesterreichs zu allen Mächten fortwährend die besten seien. Es seien schwere Opfer, welche von den Delegationen verlangt würden, große historische Ereignisse seien mit nicht geröthlichen Anforderungen an die Monarchie herangetreten. Der Kaiser hege das Vertrauen, daß der Patriotismus seiner Völker und die Einsicht ihrer Vertreter hinter der Größe des geschichtlichen Momentes nicht zurückbleiben werde, daß die Delegationen ihre Bemühungen mit denen der Regierung vereinigen werden, damit das begonnene Werk zur Erhaltung des europäischen Friedens, zum Wohle und Ruhme der Monarchie, zur Consolidirung ihrer inneren und äußeren Verhältnisse einem glücklichen Ende zugeführt werde. Diese Antwort ist im Lande durchweg mit Befriedigung aufgenommen worden.

Die „Polit. Korresp.“ veröffentlicht den Wortlaut der Proklamation, durch welche eine allgemeine Amnestie für Bosnien und die Herzegowina verkündet wird. Die Amnestie erstreckt sich auf alle anlässlich der Occupation compromittirten Personen, welche zu ihrer friedlichen Beschäftigung bereits zurückgekehrt sind oder sich binnen 14 Tagen stellen und Gehorsam zusichern; ferner auf die in Untersuchungshaft befindlichen oder ihre Strafe bereits abbüßenden Personen. Die Amnestie erstreckt sich dagegen nicht auf hervorragende Räubersführer, die sich bereits in Haft befinden, doch wird auch bezüglich dieser in besonders der Berücksichtigung werthen Fällen ein Antrag auf Begnadigung gestellt werden.

Der Sultan hat Midhat Pascha zum Gouverneur von Syrien ernannt, jedenfalls zum Segen für diese Provinz. — Nach der Fichte aus Seres in Macebonien zugegangenen Nachrichten haben die Bulgaren zwei in Kraena stationirte Compagnien regulärer türkischer Truppen überfallen und umzingelt und dieselben nach einem dreißigstündigen Kampfe gefangen nach Harbie geführt. Andere bulgarische Insurgenten griffen Jenikaffi und Grabcianca an und steckten die mahomedanischen Dörfern Brudnica, Marsca, Polica und Himnica in Brand, wobei viele Weiber und Kinder umgekommen sein sollen.

Die russischen Truppen werden am 17. d. Rumänien räumen und nach Besarabien zurückgehen.

Bei den Wahlen zum Großen Rath in den verschiedenen Schweizerkantonen haben die Demokraten durchweg über die Regierungspartei gesiegt.

Der Präsident der französischen Republik, Marschall Mac Mahon, soll zu Vertrauten, die ihn interpellirt, warum er denn sich so manche Demüthigung habe gefallen lassen, und weshalb er auf seinem Posten bis jetzt ausgeharrt habe, gesagt haben: „Er sei nur durch die Hoffnung aufrecht erhalten worden, die militärische Wiedergeburt Frankreichs noch durchzuführen und sein Vaterland zu einem Vergeltungszuge gegen Preußen stark genug machen zu können. Diese Hoffnung näherte

sich jetzt mit Riesenschritten ihrer Erfüllung und sei erst Graf Beust in Paris, so werde bald Gestalt gewinnen, was sich jetzt nur dunkel anbeuten lasse.“ So etwa spricht sich das klerikale „Journal de Bruxelles“ aus und die Ofsenherzigkeiten werden sicher in Deutschland an maßgebender Stelle nicht unbeachtet bleiben, so sehr man auch mit dem offiziellen Frankreich sich auf dem besten Fuße befindet. — Am Sonntag Nachmittag um 5 Uhr wurde die Weltausstellung geschlossen.

Schon wieder ein Attentat in Spanien. Dem „Journal des Débats“ wird gemeldet: „Am 6. d., Abends 8 Uhr, feuerte ein verabschiedeter Soldat auf den eben vor dem Café Suisse sitzenden General Sanchez Bregua zwei Schüsse aus einem Revolver ab. General Sanchez Bregua, ehemaliger Kriegsminister unter der Präsidentschaft von Emilio Castelar, blieb unverletzt. Eine der Kugeln durchlöcherte bloß seinen Mantel. Der Verbrecher befindet sich in Haft. Ueber die Motive der That konnte bisher noch nichts festgestellt werden.“ — Bei der gegen Oliva y Moncafi wegen Mordversuchs auf den König geführten Gerichtsverhandlung wurde vom Staatsprocurator die Verhängung der Todesstrafe, vom Verteidiger eine nochmalige Wiederaufnahme des Prozeß-Verfahrens beantragt. Eine Entscheidung des Gerichtshofes liegt noch nicht vor.

Die spanische Regierung beabsichtigt in Folge des Attentats auf König Alphonso der Kammer den Entwurf eines Ausnahmegesetzes vorzulegen. In der That hat die Socialdemokratie in Spanien bedeutenden Boden gewonnen.

Deutschland.

— Wie verlautet, ist es der Wunsch des Kaisers, daß bei der am 5. December zu erwartenden Rückkehr die in Aussicht genommenen Feierlichkeiten in derselben Weise innegehalten werden möchten, als an jenem Märztag des Jahres 1871, da der ruhmgekrönte oberste Kriegsherr in seine ihm jubelnde Hauptstadt seinen Einzug hielt. Der Kaiser wünscht also hiernach nicht, daß die Ausschmückung der Hauptstraße nach Art einer via triumphalis erfolge.

— Von verschiedenen österreichischen resp. österreichisch-schlesischen Blättern wird die s. Z. durch die Zeitungen gehende und auch von uns mitgetheilte Notiz über ein werthvolles Ehrengeschenk, das dem abgehenden Fürstbischof von Breslau aus Anlaß seines 25jährigen Bischofsjubiläums von Seiten der Kaiserin Augusta zu Theil geworden sei, als auf einem Versehen beruhend bezeichnet. Es sei eine bei den vielen und werthvollen dem Jubilär zugegangenen Geschenken verzeihliche Verwechslung in Betreff der Geberin vorgekommen. Wir freuen uns, diese Verichtigung mittheilen zu können, wenn es auch schwer erklärlich bleibt, wie die Kaiserin und Königin in Folge einer Verwechslung als die Geberin eines von anderer Seite gewidmeten Geschenken in öffentlichen Blättern bezeichnet werden konnte.

— Am 11. ds. hat die Unterzeichnung des neuen Telegraphen-Vertrages mit England Statt gefunden, nach welchem vom 1. Januar ab der Tarif von 30 Pf. für jedes Wort ohne Zuschlag einer Grundtaxe und ohne Unterschied des Abgangs- und Bestimmungsortes so wie ohne Rücksicht auf den Beförderungsweg in Kraft tritt.

— Der Konkurs über das Vermögen des Fürsten zu Purbus ist durch Beschluß des Kreisgerichts zu Bergen a. R. vom 6. November aufgehoben.

— In dem Monstreprozeß gegen die „Berliner Freie Presse“ und „Die Waage“ wurde am Montag Mittag 12 1/4 Uhr das Urtheil publicirt. Dasselbe lautete gegen Dr. Guido Weiß auf Schuldig der Beleidigung des Kronprinzen und Verurtheilung zu 6 Monaten Gefängniß, gegen Pulktrab auf Schuldig der Majestätsbeleidigung, der wiederholten Beleidigung des Kronprinzen, des Staatsministeriums, des deutschen Reichsfanzlers, der Mitglieder der bewaffneten Macht, der königl. Eisenbahnverwaltungen, der Mitglieder der siebenten Criminaldeputation des Stadtgerichts, des Polizeipräsidiums, einzelner Beamten desselben, des stellvertretenden Landraths des Kreises Neurode und der Beleidigung von vier

Privatpersonen nichtschuldig, dagegen der Aufforderung zum politischen Morde und der Anreizung der verschiedenen Klassen zu Gewaltthätigkeiten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise und auf Verurtheilung zu einer Gefängnißstrafe von 4 Jahren Gefängniß, endlich auf Freisprechung des Schankwirths Neumann. Zugleich wurde die Unbrauchbarmachung der incriminirten Artikel verhängt und den Beleidigten die Befugniß zur Veröffentlichung des Urtheils zugesprochen.

— Die Hamburger Börse bringt einen bezeichneten Beitrag zu der Angelegenheit Werner-Stoß, den wir nachstehend auszüglich wiedergeben, da er einige bisher unbekannt Einzelheiten enthält: Bei einer Reise, welche den Chef der Admiralität nach Kiel führte, ließ er sich bei seiner Ankunft auf dem Kieler Bahnhofs von seiner Aufregung dazu hinreißen, den ihn dienstlich in Begleitung mehrerer anderer Offiziere empfangenden Admiral Werner in Gegenwart mehrerer Zeugen aus dem Civil in lauter Weise mit einer Anzahl von Vorwürfen zu überschütten, die selbst ein Privatmann dem andern gegenüber in Gegenwart Dritter im ruhigen Zustande für angemessen gehalten haben würde. Der Chef der Admiralität beschuldigte nämlich den Admiral der Urheberhaftigkeit eines Artikels in der Deutschen Revue, trotzdem der Admiral diese Behauptung entschieden abgelehnt hatte, und es konnte für die Zuhörer keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß der Chef der Admiralität geradezu die Wahrheitsliebe des Admirals anzweifelte. Mag man über diesen Vorgang denken wollen, was man will, so wird doch darüber kein Zweifel bestehen, daß die Lokalitäten eines Bahnhofs mit der damit unvermeidlichen Anwesenheit fremder Zeugen die denkbar unangemessensten für ein derartiges Vorgehen waren. Wie peinlich der Eindruck des Ganzen war, geht wohl am besten daraus hervor, daß die theilhaftig geweienen Offiziere den Versuch machten, das weitere Bekannwerden zu verhüten, was aber angesichts des Umstandes, daß auch andere Ohren zugehört hatten, nicht gelingen konnte. Für den Admiral Werner blieb nach diesem Vorgange nur eins möglich: er legte sofort seine dienstlichen Functionen nieder und erbat sich wiederholt die allerhöchste Entschuldigung über sein bereits früher eingereichtes Abschiedsgesuch.

— Unter den diesjährigen Rekruten aus der Stadt Gladbach, welche sich in Düsseldorf zu stellen hatten, befanden sich 25 verheirathete Leute. Es ist wahrhaft erschreckend, in welder jugendlichem Alter in den rheinischen Industriebezirken die Leute heirathen.

— Die Berliner Sitten-Polizei entwickelt seit einiger Zeit mit Erfolg großen Eifer bezüglich der Konfiskation unzüchtiger Bilder und Schriften. Nachdem bereits vor einiger Zeit beim Buchhändler Lewinsohn in der Passage eine ganze Wagenladung unzüchtiger Schriften und Bilder im Werthe von etwa 50,000 Mark in Beschlag genommen, ist am 8. November wieder bei Lewinsohn eine größere Post im Werthe von einigen 1000 Mark mit Beschlag belegt worden. Auch bei einigen anderen Buchhändlern sind in der letzten Zeit mehr oder weniger erhebliche Konfiskationen sogenannter pikanter Lectüre und Bilder erfolgt. Hoffentlich wird es durch diese, im hohen Grade anerkennenswerthen Maßnahmen gelingen, diesem argen Unwesen ein Ende zu machen.

— Für die portopflichtige Correspondenz zwischen den Behörden der verschiedenen Bundesstaaten steht nach der Bekanntmachung des Bundeskanzlers vom 29. August 1870 der Grundlag in Geltung, daß in allen Fällen die absendende Behörde die Correspondenz zu frankiren hat und das Porto seitens der empfangenden Behörde nicht zu erstatten ist. Die Annahme dieses Grundlages auch für die gegenseitige Correspondenz der Gemeinden der Monarchie wurde nach einem Circularerlaß des Ministers des Innern vom 27. v. M. die großen Belästigungen, sowie die Kosten, welche aus der Correspondenz über die Erstattung von Porto gegenwärtig erwachsen, und die mit der Ablehnung der Annahme unfrankirter Sendungen verbundenen dienstlichen Nachtheile beseitigen. Die aus der Frankirung der Sendungen erwachsenden Portoauslagen der einzelnen Gemeinden werden sich im Großen und Ganzen gegen einander ausgleichen.

Bereits etwa 450 preussische Städte haben entsprechende Vereinbarungen geschlossen. Es ist dringend zu wünschen, daß sämtliche Gemeinden der Monarchie, und zwar nicht nur die städtischen, sondern möglichst auch die ländlichen dieser Vereinbarungen beitreten, oder doch beschließen, den oben bezeichneten Grundlag bei ihrer Correspondenz mit anderen Gemeinden hinsichtlich in Anwendung zu bringen. Der Minister hat deshalb die Regierung und Landrathen veranlaßt, in der gedachten Weise auf die Gemeinden in geeigneter Weise einzuwirken.

— Dem Herrn Handelsminister scheinen die Vorkämpfer im deutschen Reich nicht betrübend zu sein. Das deutsche Montagsblatt erzählt nämlich von einem handelsministeriellen Wettkampfe, welches geeignet ist, in den Kreisen des für Deutschland recht beträchtlichen Gerberei-Gewerbes ernstliche Befürmnern hervorzuufen. Herr Weybach, nämlich seinen Kampf gegen die Differential-Löhne, nunmehr auch auf die Eisenbahntarife für Güterverkehre ausgedehnt, obgleich die deutschen Gerbereien in Berlin, Westfalen, Pommern, Preußen, Sachsen, Bayern, Oesterreich exportirte Güterlohn gar nicht entbehren können. Es wird diese neue Behauptung durch die zöllerischei Agrarpolitik gewiß wieder viel Veranlassung machen, und es ist nicht unnöthig, hervorzuheben, daß die Differentialtarife für Güterlohn unter dem Ministerium Alvensleben eingeholt worden sind. Bekanntlich hat die Stadt Siegen durch ihre Gerbereien das größte Interesse an diesen Tarifen, und somit gereicht es Herrn Alvensleben bekanntlich aus Siegen gebürtig ist, nicht zur Unehre, daß er die in seiner eigenen Vaterstadt gemachten Erfahrungen zu Gunsten eines nicht unbedeutenden deutschen Industriezweiges generalisirt hat.

— Die von der St. Georgengemeinde in Berlin abgezweigten Tochtergemeinden, die St. Marcus-, St. Bartholomäus- und St. Andreas-gemeinde, befinden sich in einem solchen Nothstande, daß z. B. bei der St. Marcuskirche schon das königliche Consistorium hat helfend eingreifen müssen. Die Gemeindefasse dieser Kirche zeigt eine solche Ebbe, daß Prediger, Küster und Kirchendiener schon seit 3/4 Jahren keinen Pfennig Gehalt erhalten haben. Auf Ansuchen des Gemeindeführers hat endlich das königliche Consistorium vor Kurzem der Kirche ein Darlehn von 6000 Mk. gewährt. Die St. Bartholomäus-Kirchengemeinde ist schon seit Jahren die Feuerfassenbeiträge für die Kirche schuldig und neuerdings soll das Gastroh zur Kirche abgebrochen worden sein, weil die Gastrechnungen nicht bezahlt werden können. Das Gehalt der Prediger in dieser Gemeinde kann nur durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden. — Die St. Andreasgemeinde befindet sich in solch trauriger Vermögenslage, daß zu den nothwendigsten Reparaturen der Kirche die erforderlichen Mittel schon seit Jahren vom Magistrat geliehen werden müssen. Die Noth dieser drei Gemeinden erklärt sich aus den aufs Minimum herabgesunkenen Stolgebühren, ihrer einzigen Einnahmequelle.

— Der Vatikan will nicht länger die Berliner „Germania“ als sein Organ in der deutschen Presse anerkennen. Die von Baron Loß gegründete „Neue Zeitung“ in Mainz wird das papstliche Organ sein. Im Vatikan herrscht harte Unzufriedenheit gegen die deutsche Centrumpartei, und es sind den tonangebenden Katholiken Besorgungen gefaßt worden, mit ihr zu brechen.

— In den ersten zehn Tagen seit Publication des Sozialistengesetzes sind im ganzen deutschen Reich verboten worden: 40 Vereine auf Grund des § 1 jenes Gesetzes und 70 Druckschriften (7 periodische und 63 nicht periodische) auf Grund des § 11. Davon entfallen auf die einzelnen Staaten: auf Preußen 19 Vereine, 49 Druckschriften (46 nicht periodische, 3 periodische); Sachsen 10 Vereine, 3 Druckschriften (1 periodische, 2 nicht periodische); Baden 1 Verein, 1 Druckschrift (periodisch); Hessen 5 Vereine; Westfalen 2 Vereine, 1 Druckschrift (periodisch); Braunschweig 2 Vereine, 16 Druckschriften (1 periodisch, 15 nicht periodisch); Bremen 1 Verein, Hamburg 2 Vereine.

Provinz und Umgegend.
+ Ein Fall, der sich in Gardelegen zugetragen hat.

Anzeigen.

Für diesen Theil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Civilstands-Register der Stadt Merseburg.
Vom 4. bis 10. November 1878.

Eheschließungen: der Maschinen Schlosser Grammann und M. A. Krause; der Maurer Fiedler und A. L. Giebel. — Geboren ein Sohn: dem Schuhmachermstr. Arnold; dem Fabrikarb. Hoffmann; dem Fabrikarb. Grote; dem Dien. im Thür. Hus.-Reg. Nr. 12 Fehr. v. Haag; dem Schneidermstr. u. Kleiderhdt. Krahmer; dem Lehrer Knittel; eine Tochter: dem Bahnwärter Voigt; dem Sattler Weise; dem Hdb. Steinbrück; dem Holzgerber Walther; dem Maurer Kunkel. — Gestorben: die Ehefrau des Schuhmachermstr. Bierögel, geb. Großmann gen. Keil, 56 J. 5 M., Lungentrantheit; die unverehel. Hesse, 71 J. 6 M., Altersschwäche; die unverehel. Senff, 85 J. 2 M., Altersschwäche.

Todes-Anzeige.

Hiermit allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Caroline** geb. Schumann nach kurzem Krankenlager Montag Abend 9 Uhr sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag Nachmittag 4 Uhr statt. **G. Siege und Kinder.**

Haus-Verkauf.

Mein in Wernsdorf b. Körtzdorf beleg. Hausgrundstück, bestehend aus Haus, Stallung, Scheune und kleinem Garten, sowie 1 Morg. 3 Rth. Acker in sehr guter Lage beabsichtige ich aus freier Hand zu verkaufen.
Wernsdorf, den 13. November 1878. **Steger.**



Drei große Läufer Schweine stehen zu verkaufen Breitestraße Nr. 17 bei Frau Dittmar.

200—300 Mark

werden von einem pünktlichen Binszahler auf 1 Jahr gegen gute Sicherheit zu leihen gesucht. Edel denkende Menschen werden gebeten, werthe Adressen in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

2 größere Logis zu vermieten. Zu erfragen an der Geisel Nr. 1.

Ein Logis ist zu vermieten **Reumarkt 49.**

Ein freundlich möblirtes Zimmer mit Schlafcabinet ist an einen Herrn zu vermieten **Gottthardsstraße Nr. 4.**

Ein Laden oder Raum mit kleiner Wohnung, welcher sich zum Geschäft eignet, wird bis zum 1. Januar 1879 zu mieten gesucht.
Geßl. Dierßen unter Nr. 100 in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Rechnungsformulare

in allen gangbaren Größen hält stets zu solchen Preisen vorrätzig **Th. Rössner, gr. Ritterstr. 28.**

Magazin von allen Sorten Holz- und Metallzangen zu den billigsten Preisen bei **R. Ebeling, Schmalestraße Nr. 17.**

Für Schuhmacher

empfehle Leisten, Stiefelsohlen, Absatzhüte und Haugarn billig. **W. Gärtner, Brühl 1.**

Pa. Magdeb. Sauerkohl

à Pfund 10 Pfg. **Heinr. Schultze jun.**

empfeht

Die Niederlage des „Kaisertrank“ rational verbessert „Königtrank“

ist in Merseburg bei **Kustav Elbe.**

Nürnb. Schankbier

aus der **Nürnberger Actien-Brauerei**

von **Heinr. Henninger,**

18 Fl. für 3 Mark frei ins Haus, bei

C. Adam, Wiener Café.

Ammonen aller Art an die Hallschen, Weissenfeller, Naumburger etc., überhaupt an alle existirenden Zeitungen, Kreis- und Wochenblätter werden prompt zu Originalpreisen befördert durch

Th. Rössner (Expedition des Merseburger Correspondenten), Agentur der Ammonen-Expedition von J. Barck & Co. in Halle a/S.

Winter-Paletots

in den neuen **Moskwa** und **Moussé-Stoffen** sind in reichhaltiger Auswahl am **Lager.**

Winter-Paletots

in **Diagonal** und **Double**, elegant garnirt von 15 Mark ab empfiehlt

J. Schönlicht

Merseburg, im November 1878.

Kritische Sendung

Pa. Lüneburger Rennaugen à 25 Pfg.,

Große Stralf. Bratfeninge à 10 Pf.,

Pa. großkörniger Caviar,

Neue russische Sardinen,

Pa. Schweizer-Käse,

Pa. Limburger Käse,

Harzkäschen

empfiehlt

Heinr. Schultze jun.

Klageformulare

stets vorrätzig bei **Th. Rössner, Buchdruckerei, gr. Ritterstr. 28.**

Wiener Café

empfiehlt vorzüglich abgelagertes

ächt Nürnberger Schankbier

sowie

große Auswahl kalter Speisen und Delicatessen.

Esobien erlischen: „Die Gicht“, populär gehaltene leichtverständliche Anleitung zur Heilung von **Gicht, Rheumatismus** und **Erfaltungskrankheiten.** Niemand veräume, sich dies vorzügliche, 165 Seiten starke Buch anzuschaffen. Preis 50 Pf., vorrätzig in **Dr. Stollberg's** Buchhandlung, welche dasselbe für 60 Pf. aberallhin versichert.

Adress- und Visitenkarten

in eleganter und geschmackvoller Ausführung fertig schnell und billig **Th. Rössner, gr. Ritterstr. 28.**

Ortsverbandsversammlung

Sonnabend den 16. November, Abends 8 Uhr in **Mehler's** Restauration. Sämmtliche Mitglieder der Gewerbevereine werden erucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Ortsverbands-Ausschuss.

Penndorf's mechanisches Kunsttheater

im **Casino zu Merseburg.**
Freitag den 15. November auf vielseitiges Verlangen zum zweiten Male: Das **Naben-Trauer** zu Merseburg oder: **Bischof Thilo von Trotha** und seine Dienerschaft. Wir bitten um geneigtes Wohlwollen.

Wittwe **Reundorf** aus Leipzig.

Zum Weiffelschloßchen.

Heute **Schlachtfest.** **Fr. Köhe.**

Luke's Restauration.

Freitag den 15. **Schlachtfest, früh 9 Uhr Wellfleisch.** **Cracauer ff.**

Wer ertheilt Unterricht

im Zeichnen.

Werthe Adressen unter F. S. an die Exped. d. Bl. **Ein zuverlässiges, ordentliches Mädchen wird sofort zu mieten gesucht. Galleische Straße Nr. 18.**

Wann wird **Sneewittchen** in **Penndorf's** mechan. Kunsttheater wieder zur Aufführung kommen? **Viele Theaterbesucher.**

Ein ordentlicher und fleißiger Mann, Familienvater, mit guten Zeugnissen sucht Stellung als Schreiber oder Bureaufrüchter, auch würde derselbe schriftliche Arbeiten in Haus annehmen. Gefällige Offerten bitte an der Expedition d. Bl. niederzulegen.

Seine **Brille** gefunden.

Solche Opfer gefallen Gott wohl!
Frau Wittwe **Reundorf**, z. B. Casino, den besten Dank von der Familie **Fliege.**

Wer über den jetzigen Aufschwung in Holland, gebürtig aus Holland, welche in einer gerichtlichen Angelegenheit als Zeugin verlangt wird, sichere Auskunft geben im Stande ist, erhält in der Expedition dieses Blattes eine

Belohnung von 5 Mark

Bücherverammlung in Halle vom 11. November 1878.
Preise mit Ausschluß der Courtagen.
Weizen 1000 Kilo, 172—193 Mf. bez.
Roggen 1000 Kilo, 144—147 Mf. bez.
Gerste 1000 Kilo, Landgerste 144—165 Mf. bez.,
Wasser bis 190 Mf. bez., feinste Sorten bis 200 Mf. bez.
Gerstemaß 50 Kilo, 13,50—14 Mf. bez.
Hafer 1000 Kilo, 135—145 Mf. bez.
Hülfrüchte 50 Kilo, Winteln 8—10 Mf. bez.,
Wohnen 9—9,50 Mf. bez., Victoria-Erbsen 1000 Kilo bis 200 Mf. bez.
Kümmel 50 Kilo, 30—31 Mf. gefordert.
Rüböl 50 Kilo, 29,50 Mf. bez.
Ruttermehl 50 Kilo, 6,75—7 Mf. bez.
Reine Roggen- 4,80—5 Mf. bez., Weizenhaare 5 Mf. bez., Weizen-Grieskleie 5 Mf. bez.

Fahrplan vom 15. October 1878.
Abgang von Merseburg in der Richtung nach Halle: 4¹⁵ Mrgs. (Schnlz.), 7¹¹ M. (4. 10¹⁰ M. (Schnlz.), 12²⁵ M. (4. Kl.), 5¹¹ M. (3. 5²⁰ M. (Schnlz.), 8¹⁵ Abds. (Schnlz.) 1.—3. 10²⁰ Abds. (4 Kl.).
(Die mit * bezeichneten Züge halten in Annendorf)

Anschlüsse:
Halle—Berlin: 4³⁵ (S) Mrgs., 9⁵⁰ M., 2 M., 5¹⁵ M., 6²⁰ Abds., 9¹⁵ (S) Abds. (S = Schnellzug).
Halle—Magdeburg: 5¹⁵ Mrgs., 7³⁰ u. 11¹⁵ (S) 12¹⁰ u. 5¹⁵ M., 9²² (S) u. 10⁵⁵ Abds.
Halle—Halberstadt: 8¹⁰ (S) u. 11²⁰ M., 1¹⁴ u. 6¹⁵ Abds.
Halle—Torgau: 8¹⁰ (S) M., 1³³ M., 7¹⁴ Abds.
Halle—Nordhausen: 5⁴⁵, 8²⁵ (S), 12 M., 2¹⁰ u. 8¹⁵ Abds.
Halle—Leipzig: 5¹², 7²² (S) u. 10¹⁸ M., 1²⁷ u. 6¹⁵ Abds., 6⁵⁰ (S) u. 8⁵⁵ (S) Abds., 10¹³ Nachts.
Nach Weizenfels: 6⁵⁰ Mrgs. (4 Kl.), 8 M. (Schnlz.) 1.—3. Kl., 10³⁵ (3. Kl.), 11⁵¹ M. (Schnlz.), 12¹⁰ M. (4 Kl.), 6²³ Abds. (4 Kl.), 9²³ Abds. (4 Kl.) (Schnlz.).

Anschlüsse:
Corbetha—Leipzig: 4² (S) Mrgs., 6⁵⁰ u. 10²⁰ M., u. 5¹⁵ (S) M., 8¹⁷ u. 10¹⁴ Abds.
Weizenfels—Leib: 7⁵⁰ M., 12²⁵, 4³¹ u. 10¹⁴ M. Großheringen—Saalfeld: 8¹⁰ M., 1⁴⁰ u. 8¹⁰ M. Nach Straßfurt: 9³⁰ M., 3⁵⁵ u. 8¹⁰ M. Weimar—Gera: 10²² M., 4² u. 8¹⁰ M. Erfurt—Nordhausen: 7²³ M., 2¹¹ u. 5²⁵ M. Dietendorf—Arnstadt: 10 M., 2²⁹, 5⁵² u. 7²⁰ M. Gotha—Leinefelde: 6³⁰ u. 10²⁰ M., 3⁵ u. 8¹⁰ M. Gotha—Diedruff: 9²⁵ M., 3 u. 9¹⁵ M. Eisenach—Meiningen: 8¹⁰ M., 12³⁴, 3³⁹, 7⁴⁰ M.

Personen-Posten:
I. Post aus Merseburg 2⁴⁰ M., in Wücheln 4³⁵ M., aus Wücheln 7⁵⁰ M., in Merseburg 10¹⁰ M.
II. Post aus Merseburg 11⁴⁰ Abds., in Wücheln 8³⁰ M., aus Wücheln 5⁵⁵ M., in Merseburg 8¹⁰ M.
Aus Lauchstädt 5⁵⁰ Mrgs., in Lauchstädt 4³⁰ Mrgs. Aus Merseburg 3²⁵ M., in Lauchstädt 4³⁰ M.

Merseburger Correspondent.

Erscheint:

Donnerstag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag früh 7 Uhr.
Abonnement: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Hermiträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 167.

Donnerstag den 14. November.

1878.

Die bevorstehende Landtagsession

Die bevorstehende Landtagsession hat einen vorwiegend „geschäftlichen“ Charakter. Bereits ist eine große Reihe von Gesetzen an den Landtag vorgelegt worden; sie sind jedoch fast nur technischer Natur, wie namentlich die verschiedenen Gesetze, welche in Folge der neuen Gerichtsorganisation und Prozessordnung nötig geworden sind. Ob Vorlagen von allgemeiner politischer Natur, die in Aussicht gestellt sind, wie z. B. das in der vorigen Session gescheiterte Kommunalsteuergesetz, wirklich auf's Neue eingebracht werden, steht augenblicklich noch nicht ganz fest. Angesichts der Krisis, in der wir uns mit unserer allgemeinen Steuerreform befinden, ist es auch sehr zweifelhaft, ob wir augenblicklich mit gutem Erfolg an die Neuordnung des Gemeindesteuerverwesens gehen können. Auf keinen Fall wird man wiederholten officiösen Mitteilungen zufolge erwarten dürfen, daß in der bevorstehenden Landtagsession irgend ein weiterer Schritt zur Fortführung der Verwaltungsreform geschieht. Die bevorstehende Session ist die letzte der Legislaturperiode und die Regierung wird den Rückfall der neuen Wahlen abwarten wollen, ehe sie an die Fortführung des großen Reformwerks geht. Das Abgeordnetenhaus wird es sich aber nicht entgehen lassen, über die Stellung des Ministers Grafen Eulenburg zu dieser wichtigsten Frage seines Ressorts sich Klarheit zu verschaffen. Graf Eulenburg hat noch nicht Gelegenheit gehabt, sich über seine Stellung zur Verwaltungsreform öffentlich auszuäußern. Als letzte authentische Kundgebung der Regierung steht daher noch immer die bekannte Erklärung da, welche Minister Friedenthal als provisorischer Leiter des Ministeriums des Innern im Anfang dieses Jahres abgab. Man wird erwarten dürfen, daß auch Graf Eulenburg im Allgemeinen auf dem damals vorgezeichneten Boden steht. Doch ist eine erschöpfende und authentische Darlegung des neuen Ministers über die wichtigste Frage der inneren preussischen Politik eine unerlässliche Forderung. Daß das Unterrichts- und Kultusgesetz sich unter den Vorlagen der nächsten Session nicht befinden wird, ist leider nahezu selbstverständlich. Man hat sich nachgerade daran gewöhnt, in dieser Angelegenheit allen Missionen zu der Sache und den Unterrichtsgegentwurf des Ministers bloß als eine schätzbare akademische Arbeit zu betrachten. In Ermangelung anderweitiger großer Gesetzgebungsarbeiten wird der Schwerpunkt der bevorstehenden Landtagsession sonach in der Staatsberatung liegen, die diesmal von ganz besonderem Interesse sein wird. Nicht nur der Minister des Innern ist dem Abgeordnetenhaus gegenüber ein Neuling, sondern auch der Finanzminister, und auf das politische Programm des Herrn Hübner, das zum Theil mit den wichtigsten und dringendsten Fragen unserer Wirtschaftspolitik zusammenfällt, muß man in hohem Grade gespannt sein. Wenn auch die brennenden Tagesfragen der Zoll- und Steuerpolitik zum größten Theil vor dem Reichstag gehören, so wird sich doch auch bei der preussischen Staatsberatung schon Anlaß genug bieten, den gegenwärtigen Stand dieser Fragen zu besprechen. Der Etat wird ferner diesmal eine Reorganisation der Ressortverhältnisse in sich schließen, das Handels-, Finanz- und landwirtschaftliche

Ministerium werden eine Umgestaltung erfahren und es werden damit die schwierigsten und wichtigsten Fragen der Regierungsorganisation auch in Rede berührt. Eine andere Frage, mit der sich der Landtag, sei es in Form von besonderen Vorlagen, sei es in Anknüpfung an den Etat oder in sonst einer Form zu beschäftigen haben wird, ist die Eisenbahnfrage. Die Gerüchte über die bevorstehende neue Erwerbungen von großen Bahnen für den Staat sind in letzter Zeit so zuverlässlich aufgetreten, daß der Landtag sich Aufklärung über die gegenwärtige Eisenbahnpolitik der Regierung und ihre Ziele notwendig verschaffen müssen. Wir haben damit nur ein paar der wichtigsten Fragen berührt, die beim Etat zur Verhandlung kommen müssen; allem Anscheine nach wird dabei auch der Kulturkampf wieder einen breiten Raum einnehmen. Weihnachten wird jedenfalls herankommen, bis die Etatsberatung zu Ende geführt ist. Ob es gelingt, bis Anfang Februar die Session zu schließen und damit ein gleichzeitiges Zusammengehen von Reichstag und Landtag zu vermeiden, muß dahingestellt bleiben. Angesichts des ungemein wichtigen und umfangreichen Arbeitsstoffs, welcher der Frühjahrsession des Reichstags obliegt, wäre ein möglichst frühzeitiger Schluß des Landtags außerst wünschenswert.

Politische Uebersicht.

Hätte Oesterreich im Augenblicke nicht andere Sorgen, man könnte auf den Gedanken verfallen, daß es, gleich Frankreich, ein „Büchsen-Kulturkampf“ spielen will, nachdem Deutschland den kirchlichen Frieden herzustellen im Begriffe ist. Der österreichische Kultusminister richtete nämlich an die Konstitutionen einen Erlaß, worin ein achtzigjähriger Mann, der sich als „Kulturkämpfer“ bezeichnet, zum Leiter des Ministeriums ernannt wurde. Man wird erwarten dürfen, daß auch Graf Eulenburg im Allgemeinen auf dem damals vorgezeichneten Boden steht. Doch ist eine erschöpfende und authentische Darlegung des neuen Ministers über die wichtigste Frage der inneren preussischen Politik eine unerlässliche Forderung. Daß das Unterrichts- und Kultusgesetz sich unter den Vorlagen der nächsten Session nicht befinden wird, ist leider nahezu selbstverständlich. Man hat sich nachgerade daran gewöhnt, in dieser Angelegenheit allen Missionen zu der Sache und den Unterrichtsgegentwurf des Ministers bloß als eine schätzbare akademische Arbeit zu betrachten. In Ermangelung anderweitiger großer Gesetzgebungsarbeiten wird der Schwerpunkt der bevorstehenden Landtagsession sonach in der Staatsberatung liegen, die diesmal von ganz besonderem Interesse sein wird. Nicht nur der Minister des Innern ist dem Abgeordnetenhaus gegenüber ein Neuling, sondern auch der Finanzminister, und auf das politische Programm des Herrn Hübner, das zum Theil mit den wichtigsten und dringendsten Fragen unserer Wirtschaftspolitik zusammenfällt, muß man in hohem Grade gespannt sein. Wenn auch die brennenden Tagesfragen der Zoll- und Steuerpolitik zum größten Theil vor dem Reichstag gehören, so wird sich doch auch bei der preussischen Staatsberatung schon Anlaß genug bieten, den gegenwärtigen Stand dieser Fragen zu besprechen. Der Etat wird ferner diesmal eine Reorganisation der Ressortverhältnisse in sich schließen, das Handels-, Finanz- und landwirtschaftliche

Ministerium werden eine Umgestaltung erfahren und es werden damit die schwierigsten und wichtigsten Fragen der Regierungsorganisation auch in Rede berührt. Eine andere Frage, mit der sich der Landtag, sei es in Form von besonderen Vorlagen, sei es in Anknüpfung an den Etat oder in sonst einer Form zu beschäftigen haben wird, ist die Eisenbahnfrage. Die Gerüchte über die bevorstehende neue Erwerbungen von großen Bahnen für den Staat sind in letzter Zeit so zuverlässlich aufgetreten, daß der Landtag sich Aufklärung über die gegenwärtige Eisenbahnpolitik der Regierung und ihre Ziele notwendig verschaffen müssen. Wir haben damit nur ein paar der wichtigsten Fragen berührt, die beim Etat zur Verhandlung kommen müssen; allem Anscheine nach wird dabei auch der Kulturkampf wieder einen breiten Raum einnehmen. Weihnachten wird jedenfalls herankommen, bis die Etatsberatung zu Ende geführt ist. Ob es gelingt, bis Anfang Februar die Session zu schließen und damit ein gleichzeitiges Zusammengehen von Reichstag und Landtag zu vermeiden, muß dahingestellt bleiben. Angesichts des ungemein wichtigen und umfangreichen Arbeitsstoffs, welcher der Frühjahrsession des Reichstags obliegt, wäre ein möglichst frühzeitiger Schluß des Landtags außerst wünschenswert.

Die „Polit. Korresp.“ veröffentlicht den Wortlaut der Proklamation, durch welche eine allgemeine Amnestie für Bosnien und die Herzegovina verkündet wird. Die Amnestie erstreckt sich auf alle anlässlich der Oskupation kompromittirten Personen, welche zu ihrer friedlichen Beschäftigung bereits zurückgekehrt sind oder sich binnen 14 Tagen stellen und Gehorsam zusichern; ferner auf die in Untersuchungshaft befindlichen oder ihre Strafe bereits abbüßenden Personen. Die Amnestie erstreckt sich dagegen nicht auf hervorragende Missethäter, die sich bereits in Haft befinden, doch wird auch bezüglich dieser in besonders der Berücksichtigung werthen Fällen ein Antrag auf Begnadigung gestellt werden.

Der Sultan hat Midhat Pascha zum Gouverneur von Syrien ernannt, jedenfalls zum Segen für diese Provinz. — Nach der Warte aus Serbien in Mazedonien zugegangenen Nachrichten haben die Bulgaren zwei in Kradsna stationirte Compagnien regulärer türkischer Truppen überfallen und umzingelt und dieselben nach einem dreißigstündigen Kampfe gefangen nach Harbie geführt. Andere bulgarische Insurgenten griffen Jenitzaeffi und Grabeancica an und steckten die mahomedanischen Dörferchen Bresnica, Marsca, Polirca und Hinnica in Brand, wobei viele Weiber und Kinder zu umgekommen sein sollen.

Die russischen Truppen werden am 17. d. in Rumänien räumen und nach Besarabien zurückgehen.

Bei den Wahlen zum Großen Rath in den verschiedenen Schweizerkantonen haben die Demokraten durchweg über die Regierungspartei gesiegt.

Der Präsident der französischen Republik, der Marschall Mac Mahon, soll zu Vertrauten, die ihn interpellirt, warum er denn sich so manche Demüthigung habe gefallen lassen, und weshalb er auf seinem Posten bis jetzt ausgeharrt habe, geantwortet haben: „Er sei nur durch die Hoffnung aufrecht erhalten worden, die militärische Wiedergeburt Frankreichs noch durchzuführen und sein Vaterland zu einem Vergeltungszuge gegen Preußen stark genug machen zu können. Diese Hoffnung näherte